

Die EU stuft Atomkraft und Gas zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2050 als „grün“ ein (EU-Taxonomie-Verordnung). Doch:

Atomkraft ist kein Ausweg aus der Klimakatastrophe.

NEIN zur EU-Taxonomie-Verordnung!

KEIN Geld für die Atomstrom/Atomrüstungsindustrie

Atomkraft ist gefährlich und tödlich

Schon im Normalbetrieb setzen AKWs Radioaktivität frei. Bei AKW-Unfällen gelangen riesige Mengen an gesundheitsgefährdender bzw. tödlicher Radioaktivität in die Umgebung, wird Mensch und Umwelt vergiftet und im schlimmsten Fall die Gegend in weitem Umkreis unbewohnbar. Es gibt keine sicheren AKWs. Das zeigen die hunderten kleineren Störfälle und die folgenschweren AKW-Katastrophen von Harrisburg (USA, 1979), Tschernobyl (Ukraine, 1986) oder Fukushima (Japan, 2011),

AKWs verursachen Atommüll

Durch den Betrieb von AKWs entstehen hochgiftige, radioaktive Abfälle, von denen für 10.000e Jahre Gefahr für Mensch und Umwelt ausgeht. „International gibt es bis jetzt keine praktikable Lösung, wo und wie diese Abfälle sicher gelagert werden können“ (www.enu.at –Energie- und Umweltagentur des Landes NÖ, www.klimawandeln.at). AKWs hinterlassen hochgefährlichen radioaktiven Atommüll. Selbst die EU-Taxonomie-Studie spricht von etwa 250.000 Tonnen hochradioaktiven Atommüll bis ins Jahr 2100, wenn es so weitergeht wie bisher.

Atomkraft ist teuer

Die Gesamtkosten von Atomstrom sind deutlich höher als bei erneuerbaren Energien. Ohne enorme öffentliche Förderungen aus unseren Steuergeldern könnte kein AKW gebaut oder betrieben werden. Atomstrom ist volkswirtschaftlich völlig unökonomisch, viel teurer als erneuerbare Energien. Strom aus neuen AKWs kostet durchschnittlich mehr als das Vierfache einer Kilowattstunde aus Solaranlagen oder Windturbinen – der Abriss der Meiler und die Endlagerung des Strahlenmülls nicht eingerechnet (*Lazard's Levelized Cost of Energy Analysis - Version 14.0*, Oktober 2020). Und die Kosten von AKW-Katastrophen? Tschernobyl: „Weltweit wurden schon 646 Milliarden Euro dafür aufgebracht ... In Fukushima wird ... die Havarie mit all ihren Folgeschäden insgesamt wohl 170 Milliarden Euro verschlingen. Längst sind noch nicht alle der 1.500 hochradioaktiven Brennstäbe geborgen“ (www.transens.de, lt. Wiener Zeitung, 11.3.2021).

Atomkraft ist weder CO2-frei noch ökologisch

CO2-Emissionen entstehen beim Uranabbau und -transport, beim Bau, Rückbau und Abriss von AKWs und beim Bau und Betrieb von Atommülllagern sowie beim Transport. Für die Kühlung der AKWs werden in der EU jährlich 2,4 Mrd. Kubikmeter Wasser (= Jahresbedarf ganz Österreichs) aus Flüssen entnommen, das dann großteils als Dampf = ebenfalls ein Treibhausgas) in die Atmosphäre entweicht. Auch das in die Flüsse zurückgeleitete heiße Wasser verursacht schwere ökologische Umweltschäden (www.fishlife.at)! Der Rohstoff Uran geht genauso zur Neige wie Gas oder Öl. Atomstrom ist also auch keine erneuerbare Energie!

Atomkraft ist keine „Brückentechnologie“ zur Klimaneutralität

Die Errichtung neuer AKWs dauert nicht nur bis zu 20 Jahre und ist extrem teuer, sondern produziert zusätzliche Mengen an Treibhausgasen – ganz im Widerspruch zum EU-Ziel der Klimaneutralität. „Atomstrom trägt derzeit nur 2% zur Gesamtenergie weltweit bei, kann also nicht entscheidend sein ... Laut Internationaler Energieagentur (IEA) könnten zur notwendigen Absenkung der Treibhausgase 40% Energieeffizienz, 35% erneuerbare Energien beitragen und wenn man von der Kernenergieseite 5% dafür haben möchte, müsste man dafür zusätzlich 1.000 AKWs der jetzigen Größenordnung bauen – derzeit sind weltweit rund 400 AKWs, davon 111 in der EU, in Betrieb“, so der Physiker Dr. Reinhold Christian, gf. Präsident des Forum Wissenschaft & Umwelt, (*ORF/Ö1*, 30.11.2021).

Warum trotzdem an Atomkraft festgehalten wird – AKWs und Atombomben sind siamesische Zwillinge

Die Atomstromnutzung (AKWs) geht aus der militärischen Atomnutzung (Atombomben und Atomwaffen) hervor, durch AKWs kann wiederum spaltbares Material für Atombomben hergestellt werden. Schon lange, seit Beginn der Atomstromnutzung, dienen den Staaten AKWs und die Propaganda von der „friedlichen Atomnutzung“ (*USA-Programm „Atoms for Peace, 1953*) als Deckmantel, Milliarden und Abermilliarden Gelder der Steuerzahler:innen für militärische Zwecke, für Aufrüstung und Krieg zu benutzen. Es ist kein Zufall, dass vor allem die Atommächte (in der EU die Atommacht Frankreich) an der Nutzung der Kernenergie ein besonderes Interesse haben. Atomwaffen- und Atomstromlobby ziehen an einem Strang. So dient z.B. der Bau des britischen AKW Hinkley Point C weniger der Energiegewinnung als v.a. für Atom-U-Boote, von denen nuklearen Trident-Raketen abgefeuert werden können (*Studie, Uni Sussex, <https://sro.sussex.ac.uk/id/eprint/63568/>*).

Raus aus EURATOM !

Mit dem Ökoschmäh der „klimaneutralen Atomenergie“ will die EU und ihre fest zum EU-Vertrag gehörenden EURATOM diese teuren und tödlichen Atomstrom-, Atomrüstungs- und Kriegspläne noch mehr verschleiern und somit weiterhin ermöglichen und vorantreiben. Denn schon lange vor der jetzigen EU-Taxonomie-Verordnung hat EU/EURATOM im Jahr 2011 mit dem „Energiefahrplan 2050“ für den Ausbau der Atomenergie und im Jahr 2016 mit „Hinweisendes Nuklearprogramm“ gemäß § 40 des EURATOM-Vertrages für Investitionen in den Kernbrennstoffkreislauf zwischen 2015 und 2050 insgesamt 650 bis 760 Mrd. Euro vorgesehen (*Brüssel, den 4.4.2016 COM(2016) 177 final*). Österreichs finanziert EURATOM mit ca. 40 Mio. Euro im Jahr und durch seinen jährlichen EU-Beitrag von ca. 4 Mrd. Euro auch die EU-Atompolitik mit, zu der auch die Atomfinanzierungen der EU-Investitionsbanken ERBD und EIB gehören.

Kein Geld aus Österreich für die Atom(rüstungs)industrie

Österreich hat 1978 per NEIN-Volksentscheid die Atomnutzung abgelehnt, 1999 per BV-Gesetz „für ein atomfreies Österreich“ sich die Teilnahme an der zivilen wie militärischen Atomnutzung verboten und sich schon 1955 per Verfassungsgesetz zur immerwährenden Neutralität, somit zur Nichtteilnahme an Militärblöcken und Kriegen, also zum Frieden, verpflichtet.

Die EU-Taxonomie-Verordnung, die im Namen von Klimaschutz jetzt Milliarden für Atomstrom- und Atomrüstung umlenken will, ist ein Schlag ins Gesicht des österreichischen Atom-NEINs und Österreichs Neutralität.

Das Umweltministerium will gegen die EU-Taxonomie-Verordnung Klage beim EuGH einbringen.

Das ist zu wenig und soll nur Kritiker:innen beruhigen!

Einstellung aller Zahlungen an EURATOM und in die EU-Atomtöpfe!

Austritt Österreichs aus EURATOM und IAEA!

Verwendung der so jährlich frei werdenden Millionen für Klimaschutz und Soziales!

Aktive Neutralitätspolitik statt Teilnahme an EU-Atom- und Aufrüstungspolitik!

Unterstützer:innen:

Anti Atom Komitee, Aktionsbündnis für Frieden, aktive Neutralität und Gewaltfreiheit (AbFaNG), Artists for Future (A4F), Atomstopp Oberösterreich, FriedensAttac, Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg (GGAE), Jugendrat, Gewerkschaftlicher Linksblock (GLB), KPÖ-Graz, Österreichische Mediziner*innen gegen Gewalt und Atomgefahren (IPPNW Österreich), Österreichischer Friedensrat, Österreichisches Solidaritätskomitee (ÖSK), Plattform gegen Atomgefahren (PLAGE) Salzburg, Plattform pro Demokratie, Solidarwerkstatt Österreich (SWÖ), Wiener Plattform Atomkraftfrei – siehe auch: www.atomgegner.at

PROTESTKUNDGEBUNG:

Donnerstag, 17. Februar 2022 um 10.00 Uhr

**Gegenüber dem Haus der Europäischen Union (Wipplingerstraße 34, 1010 Wien),
bei der Börse in der Nebenfahrbahn der Wipplingerstraße.**

Rückfragen an den Veranstalter: Gewerkschafter:innen gegen Atomenergie und Krieg

Wilfried Leisch * ggae@gmx.at * www.atomgegner.at * 0650 830 7 830

Redner:innen

Dr. Klaus Renolder, Österr. Mediziner:innen gegen Gewalt und Atomgefahren (IPPNW Österreich)

Lena Schilling, Jugendrat

Elfriede Schoitsch, Solidarwerkstatt Österreich/Fridays for Future Linz

Univ.-Doz. Dr. Peter Weish, BOKU, AbFaNG Aktionsbündnis, fwu, Naturschutzbund

Mag. Stephan Auer-Stüger, LAbg., GR, in Vertretung von Stadtrat Mag. Jürgen Czernohorszky

Wilfried Leisch, Gewerkschafter*innen gegen Atomenergie und Krieg

Gerhard Kofler, FriedensATTAC; AbFaNG – Aktionsbündnis, WILPF, Naturfreunde

Vertrete:innen von: Artists for Future + Wiener Plattform Atomkraftfrei

Prof. Dr. Helga Komp-Kolb, CCCA, S4F, fwu – Forum Wissenschaft & Umwelt (Wortspende)

Elke Kahr, Bürgermeisterin, KPÖ-Graz (Wortspende)

Bundesministerin Leonore Gewessler, BA (angefragt)